



Foto: Sebastian Petrich

BALD AUF DEM TROCKENEN?

Es ist ein Skandal: Die Berliner Wasserbetriebe fördern seit Jahrzehnten Trinkwasser ohne ordentliche Genehmigung, was die Moore und Wälder in der Stadt schädigt. Das ist nur eines von vielen Beispielen für den verschwenderischen Umgang mit einem kostbaren Gut, von dem es in der Trockenregion Berlin-Brandenburg zu wenig gibt.

Neun Wasserwerke betreiben die Berliner Wasserbetriebe, um die Hauptstadt mit Trinkwasser zu versorgen. Obwohl sie schon seit rund 100 Jahren Wasser fördern, haben nur drei von ihnen die offizielle Bewilligung zur Entnahme von Grundwasser. Zwar startete 1996 das Bewilligungsverfahren, doch nach Auskunft der zuständigen Senatsumweltverwaltung ist sein Ende nicht abzusehen. Währenddessen genehmigt die Verwaltung weiterhin den Um- oder Neubau einzelner Brunnen und ganzer Brunnengalerien auf Basis einer Duldung. Das ist kein rein formales Problem, sondern hat handfeste und negative Folgen für Wälder und Moore. Das weiß auch die Behörde der grünen Senatorin Regine Günther sehr genau, schließlich hat sie selbst eine Managementplanung für die Berliner Moore in Auftrag gegeben, die die Schädigungen durch den sinkenden Grundwasserpegel detailliert auflistet.

Das Grundproblem ist bei allen neun Wasserwerken gleich. Doch bei vier von ihnen ist die rechtliche Situation besonders, denn sie senken durch ihren Betrieb den Grundwasserstand in Gebieten, die nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) geschützt sind. Das Wasserwerk Friedrichshagen beeinträchtigt das FFH-Gebiet Müggelsee-Müggelspree, das Wasserwerk Spandau das FFH-Gebiet Spandauer Forst und die Wasserwerke Tiefwerder und Beelitzhof das FFH-Gebiet Grunewald.

Das Verschlechterungsverbot gilt

Die EU-Vorgaben zum Schutz von FFH-Gebieten sind im Bundesnaturschutzgesetz eindeutig formuliert. Der Zustand der durch die FFH-Gebiete geschützten Lebensraumtypen – in den konkreten Fällen sind es Moore in den städtischen Wäldern – darf sich nicht verschlechtern. Sobald der begründete Verdacht besteht, dass ein benachbarter Betrieb das Gebiet oder seinen Schutzzweck beeinträchtigt, muss die Oberste Naturschutzbe-

hörde, hier also die Senatsumweltverwaltung, Maßnahmen ergreifen, die an der Quelle der Verschlechterung ansetzen. Bis heute wurde noch nicht einmal eine FFH-Verträglichkeitsprüfung durchgeführt.

Um es deutlich zu sagen: Was mit den Berliner Mooren und Wäldern passiert, ist eine eklatante Verletzung des Naturschutzrechts. Wenn sie noch länger anhält, wird sie juristische Konsequenzen nach sich ziehen müssen. Was soll der Berliner Senat in dieser schwierigen Situation tun, in der Trinkwasserförderung und Naturschutz in Konkurrenz zu stehen scheinen? Zunächst einmal darf er den Konflikt nicht ignorieren. Es ist nun einmal seine Pflicht, geltendes Recht umzusetzen.

Wo bleibt die Gesamtbetrachtung?

Einen Generalplan zur naturschutzverträglichen Wasserförderung können die Umweltverbände nicht erarbeiten, das muss der Senat schon selbst machen (lassen). So unglaublich es klingt: Bislang beschäftigten sich die Konzepte nur mit dem Wasserbedarf, nicht aber mit den Bedingungen und Folgen der Wasserförderung. Die Frage, welche Ansprüche die betroffenen Naturräume haben, soll nach Willen der Wasserbetriebe in den ausstehenden Bewilligungsverfahren geklärt werden. Abgesehen davon, dass diese Verfahren nicht vorankommen, laufen sie für jedes Werk einzeln und weitgehend unabhängig voneinander.

Es fehlt der Blick auf das Ganze. Zwar lässt sich die Fördermenge nicht beliebig zwischen den Wasserwerken umverteilen, um die FFH-Gebiete zu schonen, dazu fehlen ausreichende Verbindungsleitungen der Teilnetze. Die werden aber nie gebaut, wenn es keine Gesamtbetrachtung gibt. Um die Förderung besser zu verteilen, fordert der BUND unter anderem, den vor 20 Jahren geschlossenen Standort Johannisthal wieder in Betrieb zu nehmen.

Wenn sich die Förderung nicht optimieren lässt, muss sie wohl reduziert werden. Wir alle in Berlin und in Brandenburg müssen uns darüber klar werden, dass Wasser knapp ist. Jahrelang hatten die Wasserbetriebe gepredigt, man müsse Wasser nicht sparen, sondern nur ordentlich klären, schließlich bleibe alles im Kreislauf. Das stimmte schon früher nicht und wird in immer trockener werdenden Zeiten noch falscher. Berlin fördert sein Trinkwasser zu 70 Prozent aus dem Uferfiltrat von Spree und Havel. Dieser Zufluss wird dank Braunkohleförderung und Klimawandel immer schwächer; 2020 liefern die sächsischen Talsperren nur ein Drittel der üblichen Wassermenge. Folge: Das restliche Spreewasser ist umso stärker mit Sulfat aus den Lausitzer Tagebauen belastet.

Trinkwasser ist zum Trinken da

Sparen ist nicht unbedingt beim Kochen und Waschen und schon gar nicht beim Trinken angesagt, schließlich hat kein Getränk eine bessere Ökobilanz als Leitungswasser. Umso mehr aber bei den Vorgängen, die nicht bestes Trinkwasser benötigen, etwa Rasen sprengen, private Schwimmbäder füllen und regelmäßiges Durchspülen des Abwassersystems. Für diese Zwecke sollte vor allem Regenwasser zum Einsatz kommen.

Die entscheidende Frage ist eine politische. Müssen die Wasserbetriebe Rendite abliefern? Auch im neuen, Anfang 2020 in Kraft getretenen Unternehmensvertrag nötigt der Senat den landeseigenen Betrieb dazu. Darum gibt es keine Appelle zum Wassersparen, schließlich würde ein sinkender Verbrauch die Ausschüttungsziele gefährden. Dieses Dilemma können die Wasserbetriebe nicht lösen, Rot-Rot-Grün muss es tun, schließlich steht der ökologische Umgang mit dem Grundwasser im Koalitionsvertrag. Der Erhalt von Mooren und Wäldern ist ebenso wichtig wie sozialverträgliche Wasserpreise – weder das eine noch das andere darf der Haushaltskonsolidierung zum Opfer fallen. *sp*

INHALT

Thema Wasser

Viel Arbeit für sieben Jahre: Was die Wasser-Rahmenrichtlinie von Berlin und Brandenburg verlangt
Seite 2

„Jährlich ein Prozent der Flächen von der Kanalisation abkoppeln“: Interview mit Grit Diesing und Hanna Krüger von der Regenwasseragentur
Seite 3

AKTUELL

Höchstrichterliches Urteil: Keine Schweinemast in Haßleben
Seite 4

Volksinitiative Verkehrs-wende Brandenburg: Ein Mobilitätsgesetz soll her
Seite 5

Die Pop-up-Verkehrswende: Wie sich Corona auf die Mobilität in Berlin auswirkt
Seite 5

BUNDJUGEND

Earth Overshoot Day oder Tag der Klimungerechtigkeit?
Seite 6

NATUR ERLEBEN

Der Große Zeschsee
Seite 7

ÖKOTIPP

Gießen und Wasser sparen
Seite 7

KURZ & BUND

Wünsche für 2040
Seite 8

Wasser in Zahlen
Seite 8



Foto: Sebastian Petrich

Naturferner geht es kaum mehr: Wasserwüste der innerstädtischen Spree

VIEL ARBEIT FÜR SIEBEN JAHRE

Bis 2027 müssen alle Süßwasserökosysteme in einem guten Zustand sein. Das verlangt die EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL). Wie weit sind die Gewässer in Berlin und Brandenburg?

Aus Brüssel kam Ende Juni eine gute Nachricht: Der Zeitplan und die Anforderungen der WRRL bleiben, wie sie sind. Die EU-Kommission hat dem Druck diverser Lobbys standgehalten und eine Fristverlängerung abgelehnt. Nun müssen also bis spätestens 2027 alle europäischen Flüsse, Seen, Moore und Grundwasserkörper in einem guten Zustand sein. Bislang haben nur 40 Prozent der Süßwasserökosysteme in der EU den guten ökologischen Zustand erreicht. Unsere Region sieht dabei schlechter als der EU-Durchschnitt aus. In Brandenburg weisen nur 5,5 Prozent der Fließgewässer und 13 der stehenden Gewässer den guten Zustand auf. In Berlin befindet sich keines der Fließgewässer und nur ein Grundwasserkörper in einem guten chemischen, ökologischen und mengenmäßigen Zustand.

Stoffliche Belastungen

In Brandenburg gelangen Stickstoff- und Phosphorverbindungen aus der Landwirtschaft in die Gewässer. Da die novellierte Düngemittelverordnung dies nicht entscheidend reduziert, fordert der BUND mindestens zehn Meter breite Gewässerrandstreifen, in denen weder Düngemittel noch Pestizide zum Einsatz kommen dürfen. Vor allem in Berlin kommen Einträge aus Kläranlagen, Straßenabschwemmungen und verkehrsbedingten Luftschadstoffen hinzu. Ein weiteres Problem stellt die Belastung mit Sulfat aus dem Braunkohle Tagebau in der Lausitz dar (siehe Randspalte rechts).

Durchgängigkeit

Mehr als zwei Drittel der Berliner Fließgewässer sind aufgrund von Schleusen und Wehren für Fische nicht oder nur schwer passierbar. Auf Brandenburger Gebiet gilt dies auch für Havel und Spree. Wanderfische wie Lachs, Stör, Meerforelle und Aal können Berlin und weiter flüßaufwärts gelegene Regionen gar nicht erreichen. Der BUND fordert, spätestens bis 2024 alle Fließgewässer für wandernde Arten durchgängig zu machen.

EDITORIAL

von Carsten Preuß, Verena Graichen, und Franziska Sperfeld

Liebe Leser*innen!

in einem Sommer wie diesem, in dem für viele Menschen die Reiseaktivitäten eingeschränkt sind, bekam die jährliche Routinemeldung vor einigen Wochen eine besondere Bedeutung: Die Qualität der Badegewässer von Berlin und Brandenburg ist nicht zu beanstanden, überall kann nach Herzlust geplänselt und geschwommen werden. Also alles in Ordnung in und am Wasser? Natürlich nicht, sonst müssten wir uns hier nicht schwerpunktmäßig mit dem Thema beschäftigen.

Jahrhundertlang hatte man die märkische Landschaft mit Gräben durchzogen, die Flüsse begradigt und die Auen abgeschnitten, um möglichst viel Fläche landwirtschaftlich nutzbar zu machen. Das Wasser sollte einfach nur weg. Bis heute fließt es schneller in Richtung Nord- und Ostsee, als es einsickern kann. So wird das Grundwasserdefizit immer größer.

Gewässerstruktur

Fast alle Berliner Ufer im städtischen Bereich sind mit Mauern oder Spundwänden befestigt. Dort fehlen Flachwasserzonen und Röhrichtvorkommen. Naturnahe Ufer wiederherzustellen (oder im Fall der Kanäle erstmals zu schaffen), um den von der WRRL geforderten guten ökologischen Zustand wiederherzustellen beziehungsweise bei „erheblich veränderten Wasserkörpern“ ein gutes ökologisches Potenzial zu schaffen, mag nicht trivial sein. Umso ärgerlicher ist es, wenn Gelegenheiten dazu ausgelassen werden. Derzeit lässt das Land Berlin die Ufer der innerstädtischen Spree zwischen Schleuse Charlottenburg und Schleuse Mühlendamm sanieren, ohne dabei die Anforderungen der WRRL ausreichend zu beachten. Wenig hilfreich ist außerdem, dass der Bauboom der vergangenen Jahre auch die Ufer nicht ausgelassen hat. Im Ergebnis haben nicht nur Wasservögel, Biber und Fischotter nun weniger Lebensraum – auch die menschliche Stadtbevölkerung mit Ausnahme weniger Wohnungseigentümer*innen ist mehr und mehr von den Ufern abgeschnitten.

Ressourcen, Zuständigkeiten und Beteiligung

Warum geht die Umsetzung der WRRL so langsam voran? Um die nötigen Planungs- und Genehmigungsprozesse durchzuführen, fehlt es vor allem bei den Berliner Behörden und bei der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes an Personal. Aus den Bewirtschaftungsplänen, die für die einzelnen Flussgebiete – in unserem Fall Elbe und Oder – veröffentlicht wurden, geht nicht klar hervor, welche Budgets für die (Wieder-)Herstellung des guten ökologischen Zustands der Gewässer nötig sind. Nicht minder problematisch sind die unklaren Zuständigkeiten. Solange die angekündigte Novellierung des Bundeswasserstraßengesetzes aussteht, bleibt bei vielen Gewässern unklar, wer für ihre ökologische Sanierung verantwortlich ist. Wichtig ist zudem, die Öffentlichkeit einzubeziehen und für die WRRL zu begeistern. In der Vergangenheit stießen Planungen auf Unverständnis vor Ort und scheiterten. Aktive Informationsarbeit und Mitwirkungsmöglichkeiten können dieses Risiko verringern.



Nun, da mit dem Klimawandel mehr heiße und trockene Zeiten kommen, beginnt das Umdenken, wie das Wasser in der Landschaft gehalten werden kann. Gleichzeitig sollen die Gewässer wieder als vernetzte Orte der biologischen Vielfalt funktionieren. Sie müssen den Ansprüchen der verschiedensten Arten gerecht werden, schließlich ist der Mensch nicht das einzige Tier, das gern badet.

Blieben Sie gesund und genießen Sie den Sommer!

C. Preuß

Vorsitzender
BUND Brandenburg

V. Graichen

Vorsitzende
BUND Berlin

Franziska Sperfeld

Vorsitzende
BUND Brandenburg

„JÄHRLICH SOLLEN EIN PROZENT DER FLÄCHEN, VON DENEN REGENWASSER IN DIE MISCHKANALISATION FLIESST, ABGEKOPPELT WERDEN“

Grit Diesing und Hanna Krüger von der Berliner Regenwasseragentur über den neuen Umgang mit Regenwasser in Berlin, Gründächer und Vorteile für Hausbesitzer*innen

BUNDzeit: Was macht die Regenwasseragentur und warum?

Hanna Krüger: Zu den Zielen Berlins gehört es, dass weniger Regenwasser in die Kanalisation eingeleitet und stattdessen vor Ort verdunstet, versickert, zwischengespeichert oder genutzt wird. Dadurch werden vor allem die Mischwasserkanalisation entlastet und somit unsere Gewässer merklich sauberer. Auch Überflutungsrisiken bei Starkregen lassen sich so reduzieren. Vor Ort bewirtschaftetes Regenwasser hilft zudem, das Stadtgrün zu versorgen und den städtischen Raum durch Verdunstung zu kühlen.

Grit Diesing: Um das zu erreichen, sensibilisieren, beraten und befähigen wir die Berliner*innen, entsprechende Maßnahmen umzusetzen. Auf unserer Website zeigen wir Praxisbeispiele sowie Fördermöglichkeiten und informieren, was es rechtlich und bei der Suche nach Fachleuten zu beachten gilt. Wir begleiten Planungsprozesse, zum Beispiel von Bezirks- und Senatsvorhaben, um das Thema dort frühzeitig zu integrieren.

BUNDzeit: Gibt es quantifizierbare Ziele in Bezug auf die Regenwasserbewirtschaftung in Berlin?

Hanna Krüger: Die Berliner Landesregierung hat 2017 beschlossen, dass das Regenwasser in allen neuen Wohnquartieren dezentral bewirtschaftet werden soll. Außerdem soll jährlich ein Prozent der an die Mischwasserkanalisation angeschlossenen Flächen abgekoppelt werden.

BUNDzeit: Wie ist der Stand der Abkopplung in Berlin?

Hanna Krüger: In den letzten Jahren wurden tendenziell noch mehr Flächen neu an die Kanalisation angeschlossen als abgekoppelt, da wir einen Bevölkerungszuwachs und eine rege Bautätigkeit haben.

BUNDzeit: Darf überhaupt noch ohne Regenwasserbewirtschaftung gebaut werden?

Grit Diesing: Wir haben keinen vollständigen Überblick, ob das Thema flächendeckend in Planung und Bau berücksichtigt wird. Bei den größeren neuen Stadtquartieren wird es schon frühzeitig in der Planung mitgedacht, zum Beispiel bei städtebaulichen oder landschaftsplanerischen Wettbewerben beziehungsweise im Zuge der Rahmenplanung. Immer mehr Bebauungspläne enthalten Festsetzungen zu Gründächern, Versickerungs- oder Retentionsflächen. Seit 2018 wird das Hinweisblatt zur „Begrenzung von Regenwassereinleitungen bei Bauvorhaben in Berlin“ (BRWa-BE) angewandt. Die BRWa-BE ist ein wichtiges Instrument, um Bauherren dazu zu bewegen, die Bewirtschaftung des Regenwassers vor Ort prüfen zu lassen. Nur wenn keine vollständige Bewirtschaftung möglich ist und es noch freie Kapazitäten in der anliegenden Kanalisation gibt, darf das Regenwasser im Einzelfall stark gedrosselt eingeleitet werden.

BUNDzeit: Gilt diese Vorgabe nur für private Bauten?

Grit Diesing: Die BRWa-BE greift sowohl auf privaten als auch öffentlichen Grundstücken wie Straßen und Plätzen. Und nicht nur im Neubau, sondern auch bei wesentlichen Änderungen im Bestand.

Hanna Krüger: Bei jeder Straße, die grundhaft saniert wird, wird geprüft, ob es Potenzial zur Abkopplung gibt. Früher wurde die Straße einfach neu gemacht und das Regenwasser lief weiterhin in die Kanalisation. Jetzt müssen sich die Planer*innen auch mit dem Platz an der Oberfläche der Straße auseinandersetzen, für den es neben der Regenwasserbewirtschaftung viele weitere Nutzungsansprüche gibt.

BUNDzeit: Wie sieht die Regenwasserbewirtschaftung bei Neubauquartieren im Regelfall aus?

Hanna Krüger: Typisch sind Maßnahmenkombinationen – beginnend mit der Bewirtschaftung auf dem Dach, mindestens mithilfe extensiver Begrünung. Viele aktuelle Planungen sehen zudem Retentionsdächer vor, die dank zusätzlicher Speicherräume unterhalb des Begrünungssubstrats größere Regenmengen zurückhalten. Der Rest kann über Mulden, Rigolen oder Tiefbeete versickert werden. Das Regenwasser lässt sich aber auch zur Speisung neu angelegter oder bestehender Gewässer mit Wasserdefizit und zur Bewässerung, Toilettenspülung oder Gebäudekühlung nutzen.

BUNDzeit: Können Gründächer in trockenen Sommern kontraproduktiv wirken, wenn mit Trinkwasser gegossen wird?

Grit Diesing: Eine Extensivbegrünung mit widerstandsfähigen Sedumpflanzen, Kräutern und Gräsern übersteht trockene Sommer in der Regel ohne zusätzliche Bewässerung. Wer sich für einen Dachgarten entscheidet, sollte eine zusätzliche Bewässerung mit Regenwasser, Trinkwasser oder aufbereitetem Grauwasser bereits in der Planung mitdenken.

BUNDzeit: Mit welchen Niederschlagsmengen werden begrünte Dächer fertig?

Grit Diesing: Extensivbegrünungen speichern etwa 40 bis 70 Prozent des jährlichen Regens zwischen. Retentionsdächer können laut Herstellern sogar mehr als 90 Prozent des Spitzenabflusses zurückhalten, also Größenordnungen von 80 bis 100 Liter pro Quadratmeter.

BUNDzeit: In den Innenstadtbezirken sieht man selten Gründächer und so gut wie nie Regentonnen, dafür viele Rohre, die direkt von der Dachrinne in den Boden führen. Geht dieses Wasser in die Kanalisation?

Hanna Krüger: Sehr wahrscheinlich, bisher wurden Grundstücke zur Regenentwässerung meistens an die Kanalisation angeschlossen. Ziel ist es nun, dass viel mehr Gelegenheitsfenster für Abkopplung genutzt werden – nicht nur bei Anwendungsfällen der BRWa-BE – und möglichst viele Berliner*innen zu Regenagent*innen werden und schauen, wie sie die Potenziale zur Regenwasserbewirtschaftung auf ihren eigenen Grundstücken erschließen können. Hierfür müssen Anreize und praktikable Lösungen entwickelt und kommuniziert werden.

BUNDzeit: Was habe ich als Hausbesitzer*in davon, wenn ich das Regenwasser abkopple?

Hanna Krüger: Als Hauseigentümer*in können Sie das Niederschlagswasserentgelt von jährlich etwa 1,80 Euro pro versiegeltem Quadratmeter einsparen. Für Dachbegrünungen gibt es 50 Prozent Minderung. Wenn Sie das restliche Regenwasser versickern lassen und komplett auf die Einleitung in die Kanalisation verzichten, können Sie das gesamte Niederschlagswasserentgelt einsparen. Damit tragen Sie außerdem dazu bei, eine lebenswertere Umgebung für Mensch, Vögel und Insekten zu schaffen und Berlin ein Stück klimaangepasster zu machen.

Das Interview führte Sebastian Petrich



Foto: Benjamin Brabant

ZUR PERSON

Grit Diesing (rechts) ist studierte Stadtplanerin und Hanna Krüger studierte Geografin. Beide arbeiten seit Gründung im Mai 2018 bei der Berliner Regenwasseragentur.

www.regenwasseragentur.berlin

INFO

SULFATWERTE ÜBER RICHTWERT

Seit April 2019 legt ein Erlass der Brandenburger Landesregierung fest, dass der Sulfatgehalt in der Spree bei Neubrücke an höchstens 37 Tagen im Jahr den Wert von 280 Milligramm je Liter überschreiten darf. Dieses Jahr war diese Grenze bereits im Mai erreicht. Folgen hat dies bislang keine.

Der BUND fordert deshalb, die Menge des vom Braunkohletagebaubetreibers Leag eingeleiteten Sulfats zu begrenzen. Hintergrund des Erlasses: Das Wasserwerk Briesen, das für die Stadt Frankfurt (Oder) Trinkwasser aus Uferfiltrat der Spree nahe Neubrücke fördert, muss immer mehr knappes Grundwasser beimischen, um den Grenzwert von 250 mg/l im Trinkwasser einzuhalten. Auch im Berliner Wasserwerk Friedrichshagen ist der Trinkwassergrenzwert gefährdet, wenn die Konzentrationen im Oberlauf nicht eingedämmt werden können. Das Wasserwerk versorgt rund eine Million Menschen in Berlin.

REGENGÄRTEN

In Berlin regnet es zu selten. Aber wenn es regnet, dann oft als Starkregen, der die Kanalisation überlaufen lässt. Um einerseits Wasser im Boden zu halten und andererseits eine Überforderung der Kanalisation zu vermeiden, bieten sich Regengärten an: bepflanzte Versickerungsflächen im öffentlichen Raum. Mehr dazu im BUND-Blog unter www.umweltzoneberlin.de/2020/06

WARUM GESPART WERDEN MUSS

Woher kommt das Wasser, mit dem das Berliner Stadtgrün gegossen wird? BUND-Wasserexperte Manfred Krauß beschreibt auf dem BUND-Blog, wie die Wasserförderung auf Wäldern und Mooren in der Stadt wirkt. www.umweltzoneberlin.de/2020/05/25

INFO

BUND WIDERSPRICHT POLNISCHEM ODER-AUSBAU

Weil der von Polen geplante Ausbau der Oder wertvolle Naturlandschaft beeinträchtigt, hat der BUND Widerspruch gegen einen positiven Bescheid des Umweltdirektors in Stettin eingelegt. Dies berechtigt in einem späteren Verfahrensstadium zur Klage in Polen. Die im Frühjahr beschlossenen Baumaßnahmen sollen Eishochwasser verhindern. Allerdings liegt ein Gutachten vor, nach dem der Ausbau sogar kontraproduktiv sein könnte. Ausgerechnet an der berühmtesten Gefahrenstelle Höhenwutzen würde eine Flutwelle über zehn Zentimeter höher ausfallen. Der dortige Deich schützt den Oderbruch vor Überschwemmungen. Die für den Hochwasserschutz zuständige Landesregierung in Potsdam sieht kaum Möglichkeiten, auf die polnischen Planungen Einfluss zu nehmen, da hier die Bundesregierung aktiv werden müsste. Im Umweltausschuss des Brandenburger Landtags sprachen sich abgesehen von der AfD alle Parteien gegen den Oder-Ausbau aus.

MYTHEN UND FAKTEN ZUM ODER-AUSBAU

Rund um die Pläne zum Ausbau der Oder kursieren einige Gerüchte. Der BUND hält mit den Fakten dagegen. www.kurzlinks.de/oder-mythen

KLIMAWANDEL UND WASSERHAUSHALT

Ein BUND-Dossier zeigt, wie der Klimawandel die Gewässer in Deutschland und ihre Nutzungen gefährdet. www.kurzlinks.de/wasser-klima

MITMACHEN

Wollen Sie die Gewässerpolitik in Berlin und Brandenburg aufmischen? Der BUND-Arbeitskreis Wasser freut sich über neue Mitstreiter*innen! www.BUND-Berlin.de/ak-wasser

WAS TUN GEGEN SCHWEINEPEST?

Die für Menschen ungefährliche, aber für Schweine hoch ansteckende und fast immer tödliche Afrikanische Schweinepest rückt näher. Sie grassiert mittlerweile in Westpolen. Zum Schutz vor der Seuche, die auch über Wildschweine übertragen werden kann, hat die Brandenburgische Landesregierung bereits im Dezember einige Kilometer Zaun an der deutsch-polnischen Grenze bei Guben aufgestellt und erwägt weitere Zaunbauten. Der BUND sieht diese gegen Wildschweine gerichteten Zäune kritisch, weil sie Gefahren für viele Wildtiere darstellen. Obendrein ist ihr Nutzen zweifelhaft, da Oder und Neiße als starke natürliche Barrieren wirken. Um den Anreiz für unerwünschte Grenzübertreitte durch polnische Wildschweine zu vermindern, sollte besser der Maisanbau einige Kilometer westlich der Grenzflüsse reduziert werden.

BERLINER NACHHALTIGKEITSFORUM

Berlin ist eines der letzten Bundesländer ohne eigene Nachhaltigkeitsstrategie und konkreten Plan für eine sozial-ökologische Transformation. Welche guten Beispiele es aus anderen Bundesländern gibt, wie die Zivilgesellschaft an dem Prozess teilnehmen kann und welche Erfahrungen aus der Corona-Pandemie für die Entwicklung zu einer wirklich nachhaltigen Gesellschaft genutzt werden sollten, besprechen ausgewählte Expert*innen aus Bund und anderen Bundesländern beim Berliner Nachhaltigkeitsforum.

20.8.2020, 18-21 Uhr, Anmeldung bis 12.8.2020 www.BUND-Berlin.de/nachhaltigkeitsforum

SCHLAUBEMÜHLE VORÜBERGEHEND ZU

Der BUND musste sein Naturschutzzentrum Schlaubemühle aufgrund der Corona-Pandemie leider vorerst schließen. Es soll 2021 wieder geöffnet werden.

KEINE SCHWEINEMAST IN HASSLEBEN

Jetzt steht es fest: Die geplante Schweinefabrik in der Uckermark darf nicht in Betrieb gehen. An anderen Orten Brandenburgs geht die Massentierhaltung unverändert weiter, obwohl es auch hier Corona-Infektionen in Schlachthöfen gibt.

Anfang Juli hat das Oberverwaltungsgericht in letzter Instanz entschieden, dass die Schweinemastanlage im uckermärkischen Haßleben ihren Betrieb nicht aufnehmen darf. 2013 hatte das Landesamt für Umwelt den Megastall mit 37.000 Mastplätzen genehmigt. Dagegen hatten BUND, NABU und der Deutsche Tierschutzbund geklagt. Das Verwaltungsgericht Potsdam hatte ihnen 2017 Recht gegeben, woraufhin der Schweinemäster in Berufung gegangen war. Die juristische Auseinandersetzung drehte sich um die bauplanrechtliche Frage, ob sich die Schweinemastanlage in das Gefüge des kleinen Dorfes einfügt und als Teil des Innenbereichs gelten darf.

In Haßleben stand zu DDR-Zeiten die größte Mastanlage des Landes mit bis zu 140.000 Mastplätzen, die schon damals aufgrund ihrer Gülleproduktion höchst umstritten war. In dem 16 Jahre dauernden Kampf gegen die industrielle Schweineproduktion hatten sich neben den jetzt vor Gericht siegreichen Verbänden zahlreiche Initiativen und Privatpersonen engagiert.

Proteste gegen den Wiesenhof-Schlachtbetrieb in Königs Wusterhausen



Spenden für juristischen Kampf gegen Wiesenhof
kurzlinks.de/kw-stinks

Corona bei Wiesenhof

Unterdessen geht die industrielle Massentierhaltung in Brandenburg weiter. Allerdings hat die Corona-Pandemie auch auf diesen Sektor Auswirkungen. Brandenburger Tiernäster klagen über einen „Tierstau“, nachdem mit Tönnies Deutschlands größter Schlachtbetrieb aufgrund von Corona-Ausbrüchen in der Belegschaft schließen musste. Sie fordern nun von der Landesregierung neue Großschlachthöfe. Bei einem dieser Großschlachthöfe kam es Anfang Juli ebenfalls zu einem Corona-Ausbruch: Neun der 700 Beschäftigten der Wiesenhof-Fabrik in Niederlehme (Königs Wusterhausen) wurden positiv auf Sars-CoV-2 getestet. Das verwundert kaum, sind die Arbeitsbedingungen in der Schlachtbranche deutschlandweit fast überall gleich schlecht.

Die Schlachtbranche in Brandenburg ist hoch konzentriert. Mit 1,2 Millionen Tieren im Jahr hat der zum Vion-Konzern gehörende Schlachthof in Perleberg bei Schweinen ein Quasi-Monopol. Bei Geflügel ist Wiesenhof in Niederlehme relevant. Für die als Sponsor des Fußballvereins Werder Bremen bekannte Marke darf die PHW-Gruppe dort 160.000 Hähnchen täglich schlachten und hat eine Erhöhung auf 230.000 beantragt. In der Vergangenheit wurden dort bereits mehr Hähnchen geschlachtet als genehmigt. Diesen Zustand hatte das Landesamt für Umwelt nachträglich legalisiert.

Foto: BUND Brandenburg

Liebe Mitglieder des BUND Berlin,

die letzten Wochen und Monate haben uns alle gelehrt, dass es nur eines kleinen Virus bedarf, um in kürzester Zeit bisher Gewohntes infrage stellen zu müssen. Wie unsere Zukunft mit dem Virus sein wird, können wir zum heutigen Zeitpunkt nicht einmal erahnen. Dennoch müssen wir das Wagnis eingehen und schon jetzt unsere nächste Mitgliederversammlung planen. Wir hoffen sehr, dass wir auch in diesem Jahr unsere Versammlung wie gewohnt im Konferenzzentrum der Bank für Sozialwirtschaft stattfinden lassen können. Ganz so wie immer wird es aber dennoch nicht sein können. Je nach Infektionsgeschehen und behördlichen Vorgaben werden wir notfalls auch kurzfristig die Organisation und Hygienekonzepte anpassen müssen. Bei aller Wichtigkeit einer Mitgliederversammlung steht natürlich eines immer an oberster Stelle: die Gesundheit der Mitglieder, Gäste und der Angestellten vor Ort. Um dies sicherstellen und besser planen zu können, bitten wir Euch in diesem Jahr um eine möglichst frühzeitige und verbindliche Anmeldung. www.BUND-Berlin.de/mitgliederversammlung

Vielen Dank für Euer Verständnis und Eure Unterstützung! Als Vorstand wünschen wir Euch allen, dass Ihr gut und vor allem gesund durch diese schwierige Zeit kommt.

Im Namen des Vorstandes Verena Graichen

BUND BERLIN MITGLIEDERVERSAMMLUNG

WANN UND WO?

Freitag 27. 11. 2020 um 17 Uhr
(Einlass ab 16.30 Uhr)

Konferenzzentrum der Bank für Sozialwirtschaft

Oranienburger Str. 13-14, 10178 Berlin
(S-Bhf. Hackescher Markt)

Die Unterlagen und die aktualisierte Tagesordnung zur MV liegen ab dem 30.10.2020 in der Geschäftsstelle zur Ansicht aus. Sie sind ab diesem Termin ebenfalls im Internet veröffentlicht unter:

www.BUND-Berlin.de/mitgliederversammlung

oder können per Post/Fax angefordert werden. BUND Berlin e. V., Crellestraße 35, 10827 Berlin Tel./Fax: 030 7879000-11/-28

Eingangsfrist für Anträge an die Versammlung: zwei Wochen vor dem Versammlungstermin, bei Satzungsänderungsanträgen sechs Wochen

Nutzen Sie doch einfach unseren **Erinnerungsservice!** Unter www.BUND-Berlin.de/mitgliederversammlung können Sie sich registrieren, um regelmäßig über die neuesten Anträge per E-Mail von uns informiert und noch einmal an den Termin der Versammlung erinnert zu werden.

VORLÄUFIGE TAGESORDNUNG

- Begrüßung**
- TOP 01** Wahl der Versammlungsleitung, Wahl der Protokollant*innen, Beschluss der Tagesordnung
- Berichte**
- TOP 02** Bericht des Vorstandes
- TOP 03** Bericht des Schatzmeisters über das Jahr 2019
- TOP 04** Bericht der Kassenprüfer
- TOP 05** Bericht der BUNDJugend
- Aussprache**
- TOP 06** Aussprache zu den Berichten
- Entlastung**
- TOP 07** Entlastung des Vorstandes
- Beschlusskontrolle**
- TOP 08** Beschlusskontrolle und Genehmigung Protokoll 2019
- Anträge**
- TOP 09** Anträge zur Änderung der Satzung (sofern vorliegend)
- TOP 10** Weitere Anträge (sofern vorliegend)
- Haushalt**
- TOP 11** Vorstellung und Genehmigung des Haushaltsplanes, Aussprache zu finanzrelevanten Anträgen
- Wahlen**
- TOP 12** Wahl des Vorstandes
- TOP 13** Wahl der Kassenprüfer*innen



Foto: Sebastian Penrich

Für mehr Bimmelbahnen in der Prignitz und anderswo: Volksinitiative Verkehrswende Brandenburg

EIN MOBILITÄTSGESETZ SOLL HER

Die Volksinitiative „Verkehrswende Brandenburg“, die von der Corona-Pandemie im Endspurt ausgebremst wurde, kann bis November Unterschriften sammeln. Es gibt weiterhin sehr gute Gründe, sie zu unterstützen.

Auch die relativ neue rot-schwarz-grüne Koalition wird die Verkehrswende in Brandenburg nicht von sich aus auf die Tagesordnung setzen. Die Regierungsfractionen haben zwar im Juni einen Antrag zur Förderung des Radverkehrs eingebracht, der aber trotz einiger positiver Ansätze längst nicht weit genug geht. Nach wie vor fehlt ein konkreter Plan, wie der Radverkehr den anderen Verkehrsträgern gleichgestellt werden soll. Deshalb und weil öffentlicher Verkehr und Fußverkehr ebenso wichtig sind, braucht Brandenburg weiterhin ein Mobilitätsgesetz nach Berliner Vorbild, das alle Spielarten des Umweltverbunds fördert.

Das Ziel der Volksinitiative ist ehrgeizig, aber nicht unrealistisch. Fußverkehr, Radverkehr und Öffentlicher Verkehr sollen in den kommenden 15 Jahren ihren Anteil an allen Wegen in Brandenburg auf 82 Prozent verdoppeln. Dazu will die Initiative unter anderem schnellere und häufigere Zugverbindungen zwischen den Gemeinden und nach Berlin, neue Querverbindungen zwischen den bestehenden Schienenachsen und den Nahverkehr jenseits der Eisenbahn als

kommunale Pflichtaufgabe festschreiben. Mit einer Fußverkehrsstrategie und daraus abgeleiteten Programmen soll der öffentliche Raum attraktiver, sicherer und barrierefrei gemacht werden. Für die Radfahrenden sieht die Initiative eigene Infrastruktur überall dort vor, wo die zulässige Geschwindigkeit auf der Straße mehr als 30 km/h beträgt. Die Kombination Bahn und Rad soll durch bessere Abstell- und Mitnahmemöglichkeiten für Fahrräder attraktiver werden.

Unterschreiben können alle, die in Brandenburg gemeldet und mindestens 16 Jahre alt sind. Den Wortlaut der Volksinitiative, eine Liste der Stellen, wo Unterschriftenlisten ausliegen, sowie Unterschriftenlisten zum Download (Achtung: Unterschriften sind nur gültig, wenn alle Felder inklusive Geburtsdatum ausgefüllt sind und auf der Rückseite der Liste der komplette Wortlaut der Volksinitiative steht!) finden Sie unter www.verkehrswende-brandenburg.de

DIE POP-UP-VERKEHRSWENDE

Wie wirkt sich die Corona-Pandemie auf die Mobilität in Berlin aus?

Noch lässt sich der Fahrgastrückgang bei den öffentlichen Verkehrsmitteln nicht genau beziffern, die BVG schätzt, dass die Fahrgastzahlen zwischen Mitte März und Mitte April um 75 Prozent sanken, um Mitte Mai wieder 54 Prozent der Vor-Corona-Werte zu erreichen. Der Autoverkehr nahm ebenfalls deutlich ab, wie sich auch an den Zahlen der Straßenverkehrsunfälle ablesen lässt, die Mitte März stark zurückgingen und bis Ende April noch nicht wieder das Niveau der ersten Märzhälfte erreicht hatten.

Die Zahlen für den Radverkehr zeigen zum Höhepunkt der Corona-Krise ein leichtes Plus. Die 16 automatischen Zählstellen erfassten im April 2020 1,6 Millionen Fahrradfahrten, im Vorjahreszeitraum waren es 1,5 Millionen. Offensichtlich kommt Radfahren für viele Menschen durchaus als Pandemiebedingte Alternative zu Bus und Bahn infrage – ihnen mehr Platz und damit mehr Sicherheit auf den Straßen einzuräumen, hilft also direkt, das Infektionsrisiko im öffentlichen Verkehr zu senken und denjenigen die knappen Kapazitäten zu lassen, die nicht aufs Rad umsteigen können. Umso unverständlicher ist es, dass nicht mehr Bezirke dem Kreuzberger Vorbild folgen und geschützte Radstreifen als Provisorium („Pop-up-Radwege“) für die Dauer der Corona-Krise einrichten.

Es kommt auf die Bezirke an

Mit Ausnahme der Kantstraße in Charlottenburg und der Danziger Straße in Prenzlauer Berg sind alle provisorischen Radstreifen im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Wie so oft in der zweistufig organisierten Verwaltung Berlins beschleunigt die Aufgabenteilung zwischen Landes- und Bezirksebene die Verkehrswende nicht gerade. Auf Grundlage eines Regelplans „Temporäre Einrichtung und Erweiterung von Radverkehrsanlagen“ planen Bezirke und Senatsverkehrsverwaltung gemeinsam die Pop-up-Radwege. In der Praxis bedeutet das: Wo Bezirksverwaltungen Radverkehr nicht fördern möchten, passiert nichts. Deshalb haben ADFC, BUND und weitere Aktive ein Mahnschreiben an die Verkehrsstadträtin von Marzahn-Hellersdorf geschickt.



Foto: Sebastian Penrich

Corona sei Dank: Sicheres Radfahren auf der Kantstraße

Wie konnte Friedrichshain-Kreuzberg für die Öffentlichkeit überraschend schnell Straßenfläche zugunsten des Radverkehrs umverteilen? Alle jetzt provisorisch eingerichteten Radverkehrsanlagen waren schon geplant und sollen im Zuge des Mobilitätsgesetzes ohnehin umgesetzt werden. Die spannende Frage ist nun, was nach dem 31. Dezember 2020 passiert. Nur bis zu diesem Datum sind die Pop-up-Radwege genehmigt. Gelingt es, rechtzeitig die regulären Planungsverfahren durchzuführen, sodass die gelben Linien durch weiße ersetzt werden können?

Wie nicht anders zu erwarten, sind die Pop-up-Radwege politisch hart umkämpft. Insofern fungieren die Provisorien auch als Experiment. Funktionieren die Haltezonen für den Lieferverkehr? Gehen die Anwohner*innen wirklich auf die Barrikaden wegen ein paar Parkplätzen weniger? Hat die neue Aufteilung Auswirkungen auf den Busverkehr? Bislang hatte die Pünktlichkeit zumindest der dreitägigen BVG-Busse von der Pandemie eher profitiert. Weil nun alle Türen außer der vorderen zum Einstieg geöffnet sind, verkürzen sich die Haltezeiten. Der BUND fordert, diese Regelung beizubehalten, auch wenn die vorderen Türen wieder öffnen. *sp*

BUND KLAGT GEGEN INTRANSPARENZ

Reichen die Gelder, die der Tagebaubetreiber Leag in eine Zweckgesellschaft einzahlen muss, zur Reaktivierung der Lausitz? Das kann die Öffentlichkeit nicht beurteilen, weil ihr die nötigen Zahlen vorenthalten werden. Der BUND verklagt das Landesbergamt nun auf die Herausgabe der kompletten und ungeschwärtzten Unterlagen, die es bislang mit Hinweis auf Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der Leag verweigert.

MITMACHEN

HAVELCHAUSSEE ALS FAHRRADSTRASSE

Die beliebte Freizeitstrecke im Grunewald soll eine Fahrradstraße werden, fordert eine Online-Petition. Der BUND sagt: Gute Idee! www.kurzlinks.de/havelchausee

ZU FUSS ZUR SCHULE UND IN DIE KITA

Der BUND ruft Eltern, Schulen und Kitas auf, in der Zeit 21.9.–2.10. Aktionen zur Förderung der selbstständigen Mobilität von Kindern zu veranstalten, und unterstützt diese mit Ideen und Material. Im Herbst findet ein Malwettbewerb zu dem Thema statt, an dem Kitagruppen, Schulklassen und einzelne Kinder teilnehmen können. Von den schönsten Bildern werden Postkarten gedruckt.

Einsendeschluss: 31.10.2020. www.mobilitaetsbildung-berlin.de

LDV BRANDENBURG

Alle Mitglieder des BUND Brandenburg sind herzlich zur diesjährigen Landesdelegiertenversammlung (LDV) eingeladen. Achtung: Abhängig vom Infektionsgeschehen und von der Zahl der Anmeldungen behält es sich der BUND vor, die diesjährige LDV kurzfristig in eine Videokonferenz umzuwandeln!

10.10.2020, Haus der Natur, Lindenstraße 43, Potsdam (Uhrzeit wird auf www.BUND-Brandenburg.de bekannt gegeben)



BUNDjugend

YOUNG FRIENDS OF THE EARTH

TERMINE

JULEICA SCHULUNG

Du arbeitest gern mit Kindern und Jugendlichen und möchtest eigene Seminare leiten oder Freizeiten betreuen? Dann werde Jugendleiter*in! 13.–17.8.2020

WILDKRÄUTER-WANDERUNG

Auf einer naturpädagogischen Landschaftsreise in der Wuhlheide erkunden wir, was alles Ess- und Wertbares am Wegesrand wächst. 23.8.2020

BUNDJUGEND-SOMMERFEST

Wir wollen mit Aktiven, Freund*innen und Interessierten der BUNDjugend gemütlich feiern. 28.8.2020

BUNDJUGEND BAR

Hast du Lust, die BUNDjugend Berlin kennenzulernen? Komm vorbei! Jeden zweiten Dienstag im Monat. Nächstes Treffen: 8.9.2020

FORTBILDUNG NATURPÄDAGOGIK

Im Outdoor-Seminar probieren wir viele Methoden aus, Kinder und Jugendliche spielerisch für Natur zu begeistern. Eine ideale Ergänzung zur Juleica. Auch Lehrkräfte, Erzieher*innen oder Quereinsteiger sind willkommen. 11.–13.9.2020

EXKURSION ABGEORDNETENHAUS

Wir bekommen eine Führung durch das Berliner Abgeordnetenhaus. Anschließend reden wir mit der Sprecherin des Ausschusses für Stadtentwicklung. 18.9.2020

EXKURSION NATURKUNDEMUSEUM

Bei zwei spannenden Führungen erfahren wir mehr über Stadtökologie, die Folgen des Klimawandels, aktiven Artenschutz und biologische Vielfalt. 27.9.2020

HERBSTWILDNISLAMP

Raus aus der Stadt und rein in die Wildnis! Wir erleben zusammen sieben Tage Natur inklusive schnitzen, kochen und Feuer entzünden. 11.–17.10.2020

Mehr Infos und Anmeldung unter www.BUNDjugend-Brandenburg.de und unter www.BUNDjugend-Berlin.de



Aktionen der Berliner BUNDjugend zum Erdüberlastungstag 2014 und 2019

EARTH OVERSHOOT DAY ODER TAG DER KLIMAUNGERECHTIGKEIT?

Jedes Jahr rückt der Erdüberlastungstag ein Stück nach vorne und zeigt damit, dass wir die Erde weitaus mehr belasten, als wir es eigentlich dürften. Doch der Tag stellt auch noch etwas anderes in den Vordergrund: die Klimagerechtigkeit

In den letzten Jahren ist das Datum des Erdüberlastungstags (international „Earth Overshoot Day“) immer weiter nach vorne gerückt. An diesem Tag haben wir weltweit die natürlichen Ressourcen der Erde, die uns pro Jahr zur Verfügung stehen, aufgebraucht – wir leben ab dann also auf Pump und zapfen die Ressourcen des nächsten Jahres an.

Seit 1970 wird der Earth Overshoot Day vom Global Footprint Network berechnet. Der wesentliche Faktor der Rechnung ist die Biokapazität der Erde. Sie bezeichnet die Fähigkeit der Erde, biologische Materialien zu produzieren und den vom Menschen produzierten Abfall zu absorbieren. Dazu zählen zum Beispiel der CO₂-Fußabdruck, Rodung der Wälder, Zerstörung der Natur für Gebäude und Landwirtschaft oder auch die Fischerei.

Vor 50 Jahren wurde der erste Erdüberlastungstag berechnet. Er lag damals auf dem 29. Dezember, fast am Ende des Jahres. 1970 wurden weltweit also genauso viele Ressourcen verbraucht, wie die Erde wieder reproduzieren konnte. In den letzten Jahrzehnten hat sich das stark verändert: 2019 waren die Ressourcen des Jahres bereits am 29. Juli aufgebraucht. Wir hätten also eigentlich zwei Erden benötigt.

Doch der Earth Overshoot Day zeigt nicht nur, dass wir die Kapazitäten unseres Planeten stark überlasten, er macht auch auf die Ungerechtigkeit auf der Welt aufmerksam. Nur rund 70 Länder der Welt haben einen Überlastungstag und verbrauchen damit mehr Ressourcen, als ihnen zustehen. Die Menschen der restlichen Regionen (zwei Drittel der Länder) leben unter den Kapazitätsgrenzen.

Fast alle europäischen Staaten und beispielsweise auch die USA, Australien, Japan und China verbrauchen mehr Ressourcen, als ihnen zustehen. In Deutschland war der Earth Overshoot Day dieses Jahr am 3. Mai. Wenn alle Länder eine solche Menge an Biokapazität verbrauchen würden, bräuchten wir ganze drei Erden!

In der Zeit zwischen nationalem und internationalem Überlastungstag leben wir auf Kosten der Menschen, die weniger verbrauchen. Die meisten von ihnen leben in Ländern des globalen Südens. Sie spüren bereits jetzt die Folgen der Klimakrise in Form von Hitzewellen, Naturkatastrophen oder dem steigenden Meeresspiegel, ohne dass sie einen großen Teil dazu beigetragen haben. Im Gegenteil: Die 50 am wenigsten entwickelten Länder der Welt haben historisch zusammen weniger als ein Prozent der globalen Treibhausmissionen verursacht.

Es sind auch die Länder, die sich am wenigsten vor der Klimakrise schützen können, weil finanzielle Mittel, Zugang zu Wissen und Bildung und Ausrüstung fehlten. Hier verlieren

die Menschen ihre Häuser, haben keinen Zugang mehr zu sauberem Trinkwasser, Nahrung oder Medikamenten, während die westliche Welt sich weiterhin vor allem für die eigene Wirtschaft interessiert. Klimagerechtigkeit ist ein zentrales Problem der Klimakrise und wird sich nur noch weiter verschlimmern.

Hinzu kommt, dass die Menschen des globalen Südens zum Teil nur wenige oder keine Möglichkeiten haben, gegen den Einfluss der Industrieländer vorzugehen. Die globale Wirtschaft, vor allem der Welthandel, zeigt nach wie vor postkoloniale Strukturen und damit deutliche Machtverhältnisse zwischen dem globalen Norden und Süden. Es bräuchte also grundlegende strukturelle Veränderungen, um den Menschen im globalen Süden eine Stimme zu geben, die auch tatsächlich gehört wird. Aber auch Faktoren wie sozialer Status oder Gender beeinflussen, wer in die Debatte der Klimakrise einbezogen wird. So sind Frauen und LGBTQI+-Menschen tendenziell stärker von der Klimakrise betroffen als Männer. Eine solche Diskriminierung, die auf mehreren Ebenen stattfindet, wird auch Intersektionalität genannt. Eine weitere strukturelle Misslage, die mit Klimagerechtigkeit zusammenhängt und durch die Klimakrise noch verstärkt wird.

Eine hoffnungsvolle Nachricht gibt es aber: Der diesjährige Earth Overshoot Day liegt drei Wochen hinter dem eigentlich errechneten Datum, am 22. August statt am 29. Juli. Durch das Corona-Virus stand die Welt einen Moment lang still, die Natur konnte sich erholen. Natürlich will niemand so eine Pandemie, die viele Menschen das Leben kostet, aber die Corona-Krise hat gezeigt, dass in der Politik schnelle Entscheidungen mit starken Veränderungen getroffen werden können, wenn der Druck da ist. Und der Klimawandel ist genauso dringend und tödlich wie Corona. Wir werden also weiter für Klimagerechtigkeit auf die Straße gehen und rufen: „What do we want?“ „Climate Justice!“ „When do we want it?“ „Now!“

Sarah Grzondziel

Der Earth Overshoot Day findet am 22. August statt.

BUND und BUNDjugend planen deutschlandweit Aktionen dazu und auch in Berlin werden wir protestieren.

Infos findet Ihr auf www.BUNDjugend-Berlin.de



Westufer des Großen Zeschsees



Weinberg Zesch

DER GROSSE ZESCHSEE

Etwa 50 Kilometer südlich von Berlin-Mitte liegt ein See mit klarem Wasser, verwunschenen Ufern und einem Weinberg in der Nähe. Auf dem Weg dorthin empfiehlt sich ein Abstecher in die „Verbotene Stadt“ Wünsdorf-Waldstadt.

In Brandenburg gibt es nicht gerade wenige Flächen, die sich die Natur nach jahrzehntelanger militärischer Nutzung zurückholen durfte, etwa die Wittstock-Ruppiner Heide, die Döberitzer Heide oder die Kummerdorfer Heide. Was aber passiert, wenn das Militär statt einer ländlichen eine städtische Umgebung zurücklässt? Das lässt sich auf dem Weg zum Großen Zeschsee in Wünsdorf-Waldstadt besichtigen.

Als die Sowjets 1994 aus ihrem damaligen Hauptquartier abzogen, endete in dem heute zu Zossen gehörenden Ort eine fast hundertjährige Nutzung als Truppenstandort. Deren Relikte sind auch ein Vierteljahrhundert später unübersehbar: Sanierete ehemalige Kasernen wechseln sich mit leer stehenden, verfallenden Gebäuden ab, dazwischen Hochbunker aus der Nazizeit, Offiziersvillen aus dem Kaiserreich, Mauern, abgesperrte Areale, Brachflächen, Einfamilienhäuser aus der Jetztzeit und jede Menge Grün. Der Name Waldstadt kommt nicht von und gefährlich.

Aber eigentlich wollen wir zum See. Wir verlassen Wünsdorf südwärts auf dem Radweg neben der Cottbusser Straße (B 96), biegen in Richtung Lindenbrück ab, um auf einem nicht allzu stark befahrenen Sträßchen nach Zesch am See zu radeln, das eigentlich Zesch an den Seen heißen müsste, schließlich liegt es nicht nur am Großen, sondern auch am halb so großen Kleinen Zeschsee. An der einzigen Badestelle, die südlich des Dorfkerns am Großen Zeschsee durch feinen Sand zu überzeugen weiß, zeigt sich eine Besonderheit dieses Sees: Die Sichttiefe liegt bei bis zu zwei Metern, sodass man den einen oder anderen Fisch sieht. Unter anderem leben Hecht, Zander, Barsch, Aal, Karpfen, Schleie und Plötze im Großen Zeschsee.

An der Badestelle beginnt ein Fußweg, auf dem wir den See im Uhrzeigersinn umrunden (vier Kilometer, der Rundweg um beide Seen beträgt rund sechs Kilometer). Interessant wird das Ufer, nachdem wir einen kleinen Dauercampingplatz hinter uns gelassen haben. Dass das südwestliche und westliche Ufer des Großen Zeschsees unter Naturschutz steht, hat es den nahezu unberührten Erlenbrüchen, Röhricht- und Seerosenvorkommen sowie seinen Orchideen zu verdanken. Auf einer Halbinsel auf der Westseite überrascht uns ein Denkmal, das sich das Fürstenhaus von Solms setzen ließ, weil die Herrschaften hier zu baden liebten.

Wer Kulturlandschaften der Wildnis vorzieht, sollte dem Weinberg oberhalb des Ostufers einen Besuch abstatten. Der Weinbau in Zesch hat eine seit 1595 nachweisbare Tradition, die erst nach dem Zweiten Weltkrieg endete und vor rund zehn Jahren von einem Verein wiederbelebt wurde. Vom Dorfkern und vom Campingplatz führen ausgeschilderte Wege zum 93 Meter hohen Weinberg, auf dem ein Waldbrandbeobachtungsturm des Forstamts steht.

Für die Rückfahrt nach Wünsdorf-Waldstadt kommt der Abwechslung halber ein Weg entlang des Ost- und Nordufers des Kleinen Zeschsees nach Lindenbrück infrage, auf dem allerdings Sand das schnelle Fortkommen behindert. Funfact: Während es für Menschen keine offizielle Badestelle am Kleinen Zeschsee gibt, ist die für Hunde gleichzeitig der Platz mit der schönsten Aussicht. sp

Anreise: Mit den Regionalexpresslinien R5 oder R7 nach Wünsdorf-Waldstadt, von dort mit dem Fahrrad über Lindenbrück nach Zesch am See (neun Kilometer)

www.kurzlinks.de/verbotene-stadt
www.weinberg-zesch.de

ÖKOTIPP: GIESSEN UND WASSER SPAREN

Den Bäumen in Berlin und Brandenburg geht es nicht besonders gut. Vor allem die Straßenbäume sind durch Hundeurin, Autoabgase und versiegelte Oberflächen ohnehin angegriffen, sodass sie mit Trockenheit schlechter umgehen können als gesunde Bäume. Die Niederschläge im Juli konnten nichts am Grundwasserdefizit ändern, das in zwei trockenen Jahren entstanden ist.

Jetzt heißt es also gießen. Aber bitte nicht mit Trinkwasser! Da die Förderung des Trinkwassers Wälder und Moore in Berlin bedroht (siehe Seite 1), sollte dieses kostbare Gut sparsam eingesetzt werden. Wasser, mit dem Gärten und Grünanlagen gewässert werden, bleibt nicht im lokalen Kreislauf. Es sickert nicht zum Grundwasser durch, weil es in den Sommermonaten komplett über die Pflanzen verdunstet.

Am einfachsten gießen lassen sich die Straßenbäume mit Wasser aus den öffentlichen Pumpen am Straßenrand. Diese pumpen kein Trinkwasser, sondern fördern unbehandeltes Grundwasser direkt vor Ort. Gelegentlich kann dieses Wasser eine bräunliche Färbung aufweisen,

das schadet den Bäumen aber nicht. Zur Übersicht der öffentlichen Wasserpumpen in Berlin: www.kurzlinks.de/wasserpumpen

Wenn keine funktionierende Wasserpumpe in der Nähe ist, sollte Brauchwasser aus dem Haushalt zum Gießeinsatz kommen – also Wasser, das ansonsten weggekippt wird: abgestandenes Wasser aus Trinkgläsern, Wasserflaschen oder Tiernäpfen, Wasser zum Waschen oder Kochen von Obst oder Gemüse (ohne Salz und Gewürze!), altes Wasser aus Blumenvasen und Untertöpfen und schließlich auch das Wasser, das man sonst laufen lässt, während man beim Duschen auf warmes Wasser oder beim Abzapfen zum Trinken auf kaltes Wasser wartet.

Wie so vieles macht auch Bäume gießen mehr Spaß in Gesellschaft. Berlinweit haben sich Gießgruppen gebildet, die (natürlich mit ausreichendem Abstand!) gemeinsam bestimmte Straßenzüge bearbeiten.

Zur Übersicht der Gießgruppen: www.BUND-Berlin.de/giessen



Foto: BUND Berlin

NATUR ERLEBEN

INFO

BERLIN4FUTURE

Die Schüler*innen haben es mit Fridays for Future vorgemacht, jetzt sind die Erwachsenen dran. Alle, die deutlich machen wollen, dass sie mit der gegenwärtigen Klimapolitik nicht einverstanden sind, sind aufgerufen, regelmäßig am ersten Montag jedes Monats auf die Straße zu gehen. Demos: 3.8.2020, 7.9.2020, 5.10.2020, 18 Uhr, Alexanderplatz gegenüber Weltzeituhr www.berlin4future.de

AK KLEE IM FREIEN

Wer hat Lust, sich im Berliner BUND-Arbeitskreis Klima und Erneuerbare Energien zu engagieren? Der AK KLEE trifft sich jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat um 19 Uhr im Gleisdreieck-Park und auf dem Tempelhofer Feld, bei schlechtem Wetter online. Kontakt: akklee@BUND-Berlin.de

FUTURE PARTY LAB

Die Clubszene steht vor ihrer bislang größten Herausforderung. Wer möchte ihr mit guten Ideen für klima- und umweltfreundliches Nachtleben helfen? Der Ideenwettbewerb läuft bis zum 31.8.2020. www.clubtopia.de

BAHNBRECHENDE NATUR

Führung mit Detlev Dahlmann durch das Schöneberger Südgelände, bitte anmelden unter gartengestaltung@detlev-dahlmann.de oder 030 45023189

9.8.2020, 6.9.2020 und 11.10.2020, jeweils 14–16 Uhr, Treffpunkt: S-Bahnhof Priesterweg, Ausgang Prellerweg, Eingang Südgelände, Teilnahmebeitrag: 10 Euro (ermäßig 7,50 Euro, Kinder unter 12 frei) plus 1 Euro Parkeintritt (ab 14 Jahren)

Corona-Hinweis: Die Teilnahme ist auf 20 Personen begrenzt, alle Teilnehmenden müssen einen Mund-Nasen-Schutz tragen. Zu haushaltsfremden Personen muss 1,5 Meter Abstand gehalten werden. Alle Teilnehmenden verpflichten sich, Vor- und Nachname, Adresse und Telefonnummer in die Teilnehmendenliste einzutragen.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Berlin e.V.
Crellestr. 35
10827 Berlin
www.BUND-Berlin.de
und

Landesverband Brandenburg e.V.
Mauerstraße 1
14469 Potsdam
www.BUND-Brandenburg.de

KONTAKT

Tel. 030 787900-0
E-Mail: redaktion@BUNDzeit.de
www.BUNDzeit.de

REDAKTION

Sebastian Petrich (sp)
Carmen Schultze (cs) V.i.S.d.P.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht zwingend die Meinung des BUND wieder.

MARKETING & VERTRIEB

Thorsten Edler

ANZEIGEN

Tel. 030 787900-42
anzeigen@BUNDzeit.de

DRUCK

Möller Druck und Verlag GmbH
www.moellerdruck.com

GESTALTUNG

sujet.design
www.sujet.de

Erscheinungsweise: vierteljährlich, der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

AUFLAGE

30.000
Gedruckt auf UltraMag Plus Silk, 100 % Recycling

Die nächste BUNDzeit erscheint Anfang November 2020. Anzeigenschluss ist der 20. September 2020.

SPENDENKONTO

BUND Berlin
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN:
DE 51 1002 0500 0003 2888 00
BIC: BFSWDE33BER

BUND Brandenburg
GLS Bank
IBAN:
DE 24 4306 0967 1153 2782 00
BIC: GENODEM1GLS

Erbschaften an den BUND sind nach §13 ErbStG von der Erbschaftsteuer befreit. Fordern Sie unsere Informationsmaterialien an: erbschaftsratgeber@BUND-Berlin.de



WÜNSCHE FÜR 2040

Menschen sind in der Lage, auf globale Bedrohungen zu reagieren. Wenn es ein positives Zwischenfazit der Corona-Pandemie gibt, dann wohl dieses: Im Großen und Ganzen verhalten sich Gesellschaften einigermaßen problembewusst und solidarisch, auch wenn die Einschränkungen der Wirtschaft und des sozialen und kulturellen Lebens weitreichend und schmerzhaft sind.

Gleichzeitig ist vielen klar, dass sie nicht zur „alten Normalität“ zurück wollen. Warum ein Wirtschaftssystem wiederaufbauen, das so viele Probleme nach sich zieht? Im Vergleich zur Erderhitzung, zum Artensterben und zur Vermüllung des Planeten dürfte die Corona-Pandemie die deutlich kleinere globale Krise darstellen.

Wenn schon Veränderungen anstehen, dann sollten es die richtigen sein. Aber welche sind das im Einzelnen? Das fragen wir Sie:

Wie wollen wir im Jahr 2040 leben?

Sagen Sie uns, wie Berlin und Brandenburg in 20 Jahren aussehen sollen! Was bedeutet nachhaltiges und zukunftsfähiges Leben für Sie – was muss sich dafür ändern?

- Wie wohnen und arbeiten wir?
- Wie bewegen wir uns?
- Darf es noch etwas mehr Grün in der Stadt und etwas mehr Wildnis auf dem Land sein?
- Was essen wir?
- Wie gehen wir mit dem Wasser um?
- Wo kommt unsere Energie her und wie viel brauchen wir überhaupt davon?
- Wie sehen die Einkaufsstraßen aus?
- Wird Teilen & Leihen das neue Kaufen?
- Können wir auch mit weniger Abfall leben?
- Wie stellen Sie sich den Umbau der Wirtschaft nach dem Corona-bedingten Einbruch vor?

Damit wir sie in die öffentliche Diskussion einfließen lassen können, sind Ihre Ideen und Wünsche gefragt – immer frei nach Helmut Schmidt: Wer keine Visionen hat, soll zur Ärztin gehen!

Bitte schreiben Sie an
Carmen.Schultze@BUND-Berlin.de

WASSER IN ZAHLEN

Niederschlag pro Monat in Brandenburg 2020 im ...

... Januar, in mm/qm:	40
... Februar, in mm/qm:	80
... März, in mm/qm:	30
... April, in mm/qm:	10
... Mai, in mm/qm:	35
... Juni, in mm/qm:	55

Niederschlag pro Monat in Brandenburg im vieljährigen Mittel im ...

... Januar, in mm/qm:	40
... Februar, in mm/qm:	33
... März, in mm/qm:	36
... April, in mm/qm:	41
... Mai, in mm/qm:	54
... Juni, in mm/qm:	64

Durchschnittlicher jährlicher Niederschlag in ...

... Manila, in mm/qm:	2047
... Kinshasa, in mm/qm:	1368
... Washington D.C., in mm/qm:	1023
... München, in mm/qm:	930
... Manchester, in mm/qm:	929
... Berlin, in mm/qm:	571
... Madrid, in mm/qm:	450
... Athen, in mm/qm:	397
... Karatschi, in mm/qm:	194
... Mekka, in mm/qm:	70

Tage im Jahr, an denen die Berliner Mischkanalisation nach Starkregen überläuft:

... im langjährigen Durchschnitt: **30 bis 40**

Anteil der begrünter Dachfläche in Berlin ...

... an der gesamten Gebäudegrundfläche, in Prozent: **3,9**

Begrünte Dachfläche in Berlin ...

... in Quadratmeter: **4.002.682**
... davon intensiv (Dachgarten etc.), in Quadratmeter: **606.507**
... davon extensiv (Gräser, Mose etc.), in Quadratmeter: **3.397.176**

Grenzwert für Sulfat im Trinkwasser ...

... in Milligramm pro Liter: **250**

Sulfat-Richtwert im Spreewasser am Pegel Neubrück nahe Wasserwerk Briesen (versorgt Frankfurt/Oder) ...

... in Milligramm pro Liter: **280**

Tage im Jahr, an denen der Sulfat-Richtwert am Pegel Neubrück maximal überschritten werden darf ...

... **37**

Tage von Januar bis Mitte Juli 2020, an denen der Sulfat-Richtwert am Pegel Neubrück überschritten wurde:

... **mindestens 42**

Beschränkungen, die dem Tagebaubetreiber Leag für die Einleitung von sulfathaltigem Grubenwasser in Spreezuflüsse auferlegt werden ...

... **0**

Wasserverlust im Calpenzmoor im Naturpark Schlaubetal nach Grundwasserabsenkung durch den Braunkohletagebau Jämschwalde ...

... wöchentlich, in Zentimeter: **10**

Quellen: Deutscher Wetterdienst, climate-data.org, Berliner Regenwasseragentur, Umwelatlas Berlin, Tagesspiegel, LBGR/LMBV-Monitoring, RBB

ICH WILL DIE ARBEIT DES BUND UNTERSTÜTZEN.

Einfach online ausfüllen: www.mithelfen.net – oder den nachfolgenden Coupon nutzen.

Ja, ich möchte Mitglied werden und wähle folgenden Jahresbeitrag:

- Einzelmitglied (ab 60€)
- Ermäßigt (ab 24€)
- Lebenszeitmitglied (einmalig ab 1.500€)

Name/Vorname
Straße
PLZ/Ort
Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)
Telefon (wenn Sie möchten)
E-Mail (wenn Sie möchten)

Ich will den E-Mail-Newsletter des BUND Berlin erhalten.

Bitte ziehen Sie den Beitrag ab dem

monatlich vierteljährlich halbjährlich jährlich
bis auf Widerruf von meinem Konto ein.

Bitte schicken Sie die ausgefüllte und unterschriebene Beitrittserklärung an:

BUND Berlin • Crellestr. 35 • 10827 Berlin • Fax 030 78790018 • kontakt@BUND-Berlin.de
BUND Brandenburg • Mauerstr. 1 • 14469 Potsdam • Fax 0331 70399799 • BUND.Brandenburg@BUND.net

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland



FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Kontoinhaber*in
IBAN (oder Konto-Nr.)
BIC (oder Bankleitzahl)
Geldinstitut/Ort

Datum/Unterschrift (Bei Minderjährigen Unterschrift des/der Erziehungsberechtigten)
BUND Gläubiger-ID: DE34ZZZ00000103826

Mit Ihrer Unterschrift werden Sie Mitglied im BUND und erteilen Ihre Erlaubnis, den Mitgliedsbeitrag von Ihrem o.g. Konto einzuziehen. Ihre Mitgliedschaft können Sie jederzeit und ohne Angabe von Gründen beenden. Für Ihre Mitgliedschaft erfolgt – sofern Sie nichts Anderes bestimmen – eine regionale Zuordnung zum jeweiligen BUND-Landesverband aus dem Bundesland Ihres Wohnsitzes.

Der BUND (Bundesverband) erhebt und verarbeitet Ihre Daten gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO im Rahmen der satzungsgemäßen Vereinszwecke für die Betreuung Ihrer Mitgliedschaft. Unter der Anschrift „BUND, Kaiserin-Augusta-Allee 5, 10553 Berlin“ erreichen Sie auch dessen Datenschutzbeauftragten. Die Nutzung Ihrer Adressdaten für werbliche Zwecke erfolgt gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO. Einer solchen Nutzung können Sie jederzeit widersprechen. Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie unter www.bund.net/datenschutz

BUNDzeit 03/2020